

Ein europäischer Rahmen innerstaatlichen Gesetzes  
ZUR FÖRDERUNG DER TOLERANZ

Unterlagen im Hinblick auf ihre durch die gesetzgebenden der europäischen Staaten verabschiedet

Die Achtung der Menschenwürde beruht auf der Erkenntnis der menschlichen Vielfalt und des inhärenten Rechts jeder Person anders zu sein,

Toleranz postuliert einen offenen Geist zu ungewohnten Ideen und Möglichkeiten des Lebens.

Der Begriff der Toleranz ist das Gegenteil von jeder Form der unrechtmäßigen Diskriminierung.

Toleranz hat eine entscheidende Rolle bei der Ermöglichung erfolgreicher Koexistenz der verschiedenen Gruppen innerhalb einer einzigen nationalen Gesellschaft.

Eine solche Koexistenz bereichert und stärkt das Gewebe der nationalen Gesellschaft, sollte es keine Auswirkungen auf die grundlegende Identität dieser Gesellschaft oder ihrer gemeinsamen Werte, Geschichte, Hoffnungen und Ziele haben.

Integration bedeutet innerhalb einer einzigen nationalen Gesellschaft nicht Assimilation.

Koexistenz und Kooperation innerhalb einer demokratischen Gesellschaft verlangen, dass Individuen und Gruppen gegenseitige Zugeständnisse machen zu einander.

Die Achtung für die unterscheidenden Merkmale der verschiedenen Gruppen sollten die gemeinsamen Ansichten für eine verantwortliche Staatsbürgerschaft in einem demokratischen und offenen Gesellschaft als Ganzes nicht schwächen.

Es daher wie folgt erlassen:

§ 1. Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Satzung:

(a) "Gruppe" bedeutet: eine Reihe von Menschen, die von der Rasse oder kulturellen Wurzeln, ihrer ethnischen Herkunft oder Abstammung, Religionszugehörigkeit oder sprachliche Verbindungen, Geschlechtsidentität oder der sexuellen Ausrichtung oder sonstiger Merkmale ähnlicher Art verbunden ist.

(b) "Gruppe Verleumdung" bedeutet: diffamierende Kommentare in der Öffentlichkeit zu machen gegen eine wie in Absatz (a) definierte Gruppe - oder deren Angehörige - als Ziel, mit Blick der Aufstachelung zu Gewalt, Verleumdung der Gruppe und sie lächerlich zu machen oder falsche Anschuldigungen.

Erläuterungen:

(i) Diese Definition umfasst "Ritualmordlegenden" und antisemitische Verunglimpfungen sowie Vorwürfe, z.B. "Zigeuner sind Diebe" oder "Moslems sind Terroristen".

(ii) Es muss verstanden werden, dass die "Gruppe Verleumdung" erscheinen mag, bei Mitgliedern der Gruppe in einer anderen Zeit (eine andere historische

Epoche) oder Ort (über die Grenzen des Staates) gerichtet werden.

(c) "Hassverbrechen" bedeutet: jede kriminelle Handlung jedoch definiert, ob gegen Personen oder Sachen, wo die Opfer oder Ziele aufgrund ihrer tatsächlichen oder angenommenen Verbindung mit ausgewählten engagieren - oder Unterstützung oder Mitgliedschaft - eine Gruppe, wie in Absatz (a) definiert .

(d) "Toleranz" bedeutet: Achtung und Akzeptanz des Ausdrucks, die Erhaltung und Entwicklung der eigenständigen Identität einer Gruppe, wie in Absatz (a) definiert. Diese Definition gilt unbeschadet des Grundsatzes der Koexistenz der verschiedenen Gruppen innerhalb einer einzelnen Gesellschaft.

Erläuterungen muss als authentische Interpretation des Textes des Rahmenbeschlusses Satzung eingesehen werden. Gegebenenfalls sollten sie auch als Grundlage für die entweder primäre oder sekundäre Rechtsvorschriften dienen.

Erläuterungen:

Koexistenz von verschiedenen Gruppen innerhalb einer einzigen Gesellschaft erfordert unter anderem einige Kenntnisse der lokalen Sprache als Mittel der Kommunikation mit Behörden und dem sozialen Umfeld.

## § 2. Zweck

Der Zweck dieser Satzung ist es:

(a) Förderung der Toleranz in der Gesellschaft ohne Schwächung der gemeinsame Bindungen Zusammenbinden eine einzige Gesellschaft.

(b) Förderung der Toleranz zwischen verschiedenen Gesellschaften.

(c) Beseitigen Hassverbrechen, wie in § 1 (c) definiert.

(d) Verurteilen alle Manifestationen von Intoleranz auf Voreingenommenheit, Bigotterie und Vorurteilen.

(e) Konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Intoleranz, insbesondere im Hinblick auf die Beseitigung von Rassismus, Farbe Voreingenommenheit, ethnische Diskriminierung, religiöser Intoleranz, totalitären Ideologien, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Anti-Feminismus und Homophobie.

Erläuterungen:

(i) Diese Formulierung nicht ins Detail gehen, innerhalb der Untergruppen aufgeführt. Somit wird religiöser Intoleranz zu verstehen, decken Islamophobie, Anti-Christentum, etc. Ethnische Diskriminierung verstanden, Anti-Roma (Zigeuner) Aktivitäten abdecken.

(ii) Antisemitismus wird als separate Untergruppe aufgeführt, da sie die Kreuze Linien der verschiedenen Untergruppen. Es wird sicherlich nicht auf religiöse beschränkt Intoleranz (Umwandlung nicht retten Juden vor der Vernichtung unter den Nazis).

## § 3. Bürgschaften von Rechten

Toleranz (wie in § 1 (d) definiert) zu einer Gruppe (wie in § 1 (a) definiert), vor allem in den Genuss der folgenden Menschenrechte garantiert werden:

Erläuterungen:

(i) Die Liste der Menschenrechte aufgezählt unten ist nicht abschließend.

(ii) Die Rechte, wie unten aufgeführt, müssen in einer breiten Weise interpretiert werden.

(iii) Es ist wichtig zu betonen, dass Toleranz nicht nur von staatlichen Stellen, aber ebenso von Einzelpersonen, darunter auch Mitglieder der einen Gruppe vis-à-vis anderen muss geübt werden. Garantie der Toleranz darf nicht nur als vertikale Beziehung (Government-to-Personen), sondern auch als horizontale Beziehung (Gruppe-zu-Gruppe und Person-to-Person) verstanden werden.

(iv) Es ist die Pflicht der Regierung, dass die Intoleranz zu gewährleisten ist nicht entweder in vertikaler oder in horizontaler Beziehungen praktiziert

(a) Die Freiheit der Meinungsäußerung, einschließlich der Freiheit zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten Informationen und Ideen - ohne Rücksicht auf Grenzen - in Wort, Schrift oder Druck, und über jedes Rundfunk-oder elektronischen Medien (einschließlich Internet).

(b) Die Freiheit der Religion und Weltanschauung, ausgedrückt entweder einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen, darunter:

(i) Freiheit zu manifestieren, dass Religion oder der Weltanschauung durch Gottesdienst, Beachtung, Rituale, Riten, Praxis und Lehre, und

(ii) die Freiheit zu ändern oder sich nicht an die Religion.

(c) Die Freiheit der Assoziation mit anderen Mitgliedern der Gruppe, mit Blick auf die Förderung seiner besonderen Kultur, Lebensweise, Religion oder Sprache.

(d) sich friedlich zu versammeln, darunter gewaltlose Paraden und Demonstrationen.

(e) Freiheit, zu wählen und sich zur Wahl zu laufen, unterliegen den allgemeinen Vorschriften wie Staatsbürgerschaft, das Mindestalter und Residenz.

(f) Freiheit zur Teilnahme an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, einschließlich des Zugangs zu öffentlichen Dienst, unterliegen den allgemeinen Vorschriften hinsichtlich Staatsbürgerschaft und allgemeinen Qualifikationen.

(g) Recht auf Staatsangehörigkeit zu erwerben auf Basis der Geburt oder langfristige Residenz.

(h) Die Freiheit der Bewegung.

(i) Recht auf Privatsphäre.

(j) Freier Zugang zu Berufen, unterliegen den allgemeinen Qualifikationen, und auf einzelne Wirtschaftszweige.

(k) Freiheit des Unterrichts in der Sprache der Gruppe, sowie in Übereinstimmung mit ihren religiösen und kulturellen Traditionen.

(l) Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an der allgemeinen kulturellen Aktivitäten.

(m) Recht zu besitzen und zu erben.

(n) Recht auf Wohnung.

(o) Recht auf Arbeit, einschließlich freie Wahl des Arbeitsplatzes und gleicher

Lohn für gleiche Arbeit.

(p) Recht auf medizinische Versorgung und die Sozialversicherung.

#### § 4 . Einschränkungen

Die Rechte in § 3 garantiert unterliegen den folgenden Einschränkungen, in angemessener Weise als notwendig in einer demokratischen Gesellschaft angewandt:

Erläuterungen :

(i) Die Liste der Einschränkungen wie unten aufgezählt erschöpfend ist.

(ii) Die Beschränkungen, wie unten aufgeführt, müssen in einem restriktiv ausgelegt werden.

(iii) Die Grenzen sind hier in einer generischen Weise aufgezählt. Nicht jedes Recht oder Sub-Recht in § 3 garantiert ist unbedingt unter jedem Einschränkung hier erwähnt werden.

(a) Nationale oder internationale Sicherheit.

Erläuterungen:

Toleranz darf nicht als Mittel für die Duldung des Terrorismus als Deckmantel für diejenigen, die zu nationalen oder internationalen Frieden und Sicherheit untergraben werden.

(b) Öffentliche Ordnung.

Erläuterungen:

(i) Ein Paradebeispiel: Es muss verstanden werden, dass Demonstrationen der Versammlungsfreiheit auszuüben) müssen nicht geduldet, wenn sie wahrscheinlich in Krawalle entartet oder verletzen die Rechte der anderen sind sein

(ii) Ein weiteres Beispiel ist, dass angesichts der Notwendigkeit zur Bekämpfung der Kriminalität, Personen nicht zulässig, um ihre Gesichter in der Öffentlichkeit zu bedecken.

(iii) Öffentliche Ordnung ist nicht auf Fragen der Kriminalität und Gewalt beschränkt. So Stadtplanung und Zonierung Regeln kann ein Versuch, einen Ort der Anbetung auf einer bestimmten Straßenseite zu bauen überschreiben.

(c) Die öffentliche Politik.

Erläuterungen:

Toleranz bedeutet nicht, dass eine Gruppe sich von der Gesellschaft als Ganzes zu trennen, verleugnen die Notwendigkeit Schnittstelle mit anderen Gruppen.

(d) die öffentliche Moral.

Erläuterungen:

Beispiele: Toleranz bedeutet keine Akzeptanz solcher Praktiken wie die Beschneidung von Frauen, Zwangsheirat, Polygamie oder jede Form von Ausbeutung oder Herrschaft der Frauen.

(e) der öffentlichen Gesundheit.

Erläuterungen:

Beispiel: das Berufungsgericht in England (per Lord Denning) fand keine Fehler mit der Ablehnung eines Schokolade-Fabrik machen einen bärtigen Sikh angesichts einer Gefahr einer Kontamination durch Bakterien beschäftigen.

(f) Der Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Erläuterungen:

(i) Toleranz ist ein Zwei-Wege-Straße. Mitglieder einer Gruppe, die davon profitieren wollen, von Toleranz muss es für die Gesellschaft zeigen insgesamt, sowie die Mitglieder der anderen Gruppen und Dissidenten oder andere Mitglieder der eigenen Gruppe.

(ii) Es besteht keine Notwendigkeit, tolerant zu sein zu den intoleranten. Dies ist besonders wichtig, soweit freie Meinungsäußerung angeht: dass Freiheit darf nicht missbraucht werden, um andere Gruppen zu diffamieren werden.

## § 5 . Migranten

(a) Toleranz (wie in § 1 (d) definiert) muss zu einer Gruppe garantiert werden (wie in § 1 (a) definiert), ob sie langjährige gesellschaftliche Wurzeln hat, oder sie ist vor kurzem gebildet, vor allem als Folge der Migration aus dem Ausland .

(b) Ausländische Migranten ihrerseits muss dem Grundsatz der Koexistenz der verschiedenen Gruppen innerhalb einer einzigen Gesellschaft haften.

(c) Wenn ein ausländischer Migranten - der in das Hoheitsgebiet des Staates zugelassen wurde, aber noch nicht Staatsbürgerschaft erworben - ist eindeutig nicht bereit, mit dem Grundsatz der Koexistenz der verschiedenen Gruppen innerhalb einer einzigen nationalen Gesellschaft zu erfüllen, kann er oder sie verpflichtet, den Staat zu verlassen (vorbehaltlich der geltenden internationalen rechtlichen Standards).

Erläuternde

- (i)
- (ii)
- (iii)
- (iv)
- (v)

Hinweise:

Gemäß Artikel 3 des Protokolls Nr. 4 zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten "Niemand darf ausgeschlossen ... aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, werden". Offensichtlich, sobald eine neue Staatsangehörigkeit erworben hat Migrationshintergrund, ist Absatz (c) nicht mehr anwendbar.

Auch bei Nicht-Staatsbürger, ist es notwendig zu bedenken, dass nach Artikel 4 des genannten Protokolls, "kollektive Ausweisung von Ausländern verboten ist". Die Entscheidung, ob ein neuer Migranten hat das Recht, innerhalb des Staates bleiben verfallen muss daher auf individueller Basis durch eine entsprechende richterliche oder quasi-gerichtliche Verfahren hergestellt werden.

Das Recht auf Wanderarbeitnehmer, die "gegen die öffentliche Interesse oder die guten Sitten verstoßen" vertreiben wird ausdrücklich in Artikel 19 (8) der Europäischen Sozialcharta ausgedrückt.

Die Frage, ob ein ausländischer Migranten eindeutig nicht bereit ist, mit dem Grundsatz der Koexistenz der verschiedenen Gruppen innerhalb einer einzigen

nationalen Gesellschaft nachzukommen ist eine Frage der Tat, die von einem Gericht oder einer Justizbehörde ermittelt werden muss.

Beim Eintritt in den Staat, können ausländische Migranten verpflichtet, eine Erklärung, in der sie bestätigen, dass sie sich der Bestimmung in Absatz USt. (c) sind zu unterzeichnen.

## § 6 . Umsetzung

Um die Umsetzung dieser Satzung zu gewährleisten, erfüllt die Regierung:

Erläuterungen:

Es versteht sich von selbst, dass Erlass einer Satzung für die Förderung von Toleranz nicht von selbst genügen. Es muss ein Mechanismus vorhanden sicherzustellen, dass die Satzung nicht auf dem Papier bleiben und ist eigentlich in der Welt der Realität umgesetzt werden.

(a) ist verantwortlich für den besonderen Schutz von gefährdeten und benachteiligte Gruppen.

Erläuterungen:

(i) Mitglieder der gefährdeten und benachteiligten Gruppen zu einem besonderen Schutz, zusätzlich zu den allgemeinen Schutz, die von der Regierung für jede Person innerhalb des Staates bereitgestellt werden muss berechtigt.

(ii) Die besondere Schutzmaßnahmen für Mitglieder der gefährdeten und benachteiligten Gruppen implizieren eine Vorzugsbehandlung. Streng genommen, geht dieser Vorzugsbehandlung über bloße Respekt und Akzeptanz liegt an der Wurzel der Toleranz (siehe die Definition von Toleranz in § 1 (d)). Dennoch ist die vorliegende Bestimmung durch die Verbindung zwischen historischen Intoleranz und Anfälligkeit gerechtfertigt.

(iii) Die Antwort auf die Frage, welche Gruppe ist anfällig oder benachteiligt in einer bestimmten Gesellschaft variiert von einem Land zum anderen.

(b) Unbeschadet der bestehenden Kontrollmechanismen, eine spezielle administrative Einheit, um die Umsetzung dieser Satzung zu überwachen.

Erläuterungen:

(i) Die Umsetzung dieser Bestimmung hängt von der bestehenden Struktur in einem bestimmten Staat. In jedem Land, das bereits hat eine Verwaltungsbehörde mit allgemeinen Kompetenz ausgestattet, um Gesetze wie dem vorliegenden Statut überwachen soll, hat keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden. Doch wo kein solches Organ existiert, muss es eingerichtet werden.

(ii) Die spezielle administrative Einheit sollte vorzugsweise innerhalb des Justizministeriums arbeiten (obwohl das Ministerium des Innern eine andere sinnvolle Möglichkeit ist).

(c) Eine nationale Toleranz Monitoring Commission als unabhängiges Gremium - der Persönlichkeiten von außerhalb des öffentlichen Dienstes zusammen - mit der Befugnis zur Förderung von Toleranz unverfallbar. Die Kommission wird ermächtigt:

(i) Stellt allgemeine Leitlinien und konkrete Handlungsempfehlungen.

(ii) Ausdrückliche Ansichten in Bezug auf das Ausmaß, in dem diese Satzung in der Praxis umgesetzt wird.

- (iii) Verbreiten solcher Leitlinien, Empfehlungen und Ansichten über die Medien und nicht anders.
- (iv) Förderung der internationalen Zusammenarbeit mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Staaten.

Erläuternde Hinweise:

- (i) Der Schub der Absätze (b) und (c) ist die Existenz von zwei nationalen Einrichtungen, die mit der Umsetzung der vorliegenden Satzung.  
Der erste Körper (im Sinne von Absatz (b)) ist eine staatliche Abteilung. Der zweite Körper (gegründet gemäß Absatz (c)) ist außerhalb der Regierung, unabhängig agieren (nicht anders als ein speziellen Ombudsmann).
- (ii) Die unabhängige Kommission wird ermächtigt, ihre Ansichten in Bezug auf die Umsetzung der Satzung von allen Beteiligten zu exprimieren.  
Die Umsetzung in diesem Zusammenhang umfasst (ist aber nicht beschränkt auf) die Verhängung von Strafsanktionen, Bildung und Medien.
- (ii) Die unabhängige Kommission wird auch die Befugnis erhalten, nationale oder internationale Konferenzen, Workshops, Seminare, usw. zu organisieren

## § 7 . Strafvorschriften

- (a) Die folgenden Handlungen als Straftaten als Verbrechen angesehen werden verschärft:
  - (i) Hate crimes wie in § 1 (c) definiert.
  - (ii) Die Aufstachelung zur Gewalt gegen eine Gruppe im Sinne des § 1 (a).
  - (iii) Gruppe Verleumdung, wie in § 1 (b) definiert.
  - (iv) Offene Zustimmung einer totalitären Ideologie, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus.
  - (v) Die öffentliche Billigung oder Leugnung des Holocaust.
  - (vi) Öffentliche Genehmigung oder Ablehnung eines anderen Akt des Völkermords deren Existenz wurde von einem internationalen kriminellen Gericht bestimmt worden.

Erläuterung:

Diese Sub-Abschnitt definiert Handlungen strafbar als schwere Verbrechen.

Sub-Absatz (vi) nicht die öffentlichen (und privaten) Diskussionen und Differenzen, ob andere Handlungen - nicht durch Entscheidungen internationaler Gerichte abgedeckt - auch Menge, oder nicht Menge, zum Völkermord.

- (b) Jugendliche der Begehung von Straftaten in Absatz aufgeführten verurteilt (a) werden benötigt, um ein Reha-Programm entwickelt, um in ihnen wecken, eine Kultur der Toleranz zu unterziehen.
- (c) Straftaten in Absatz (a) aufgeführt sind, nicht politische Delikte zum Zwecke der Auslieferung berücksichtigt werden.
- (d)

(e) Opfer von Verbrechen in Absatz (a) haben eine Klagebefugnis, ein Verfahren gegen die Täter, sowie ein Recht auf Wiedergutmachung zu bringen.

(f) Unentgeltliche Prozesskostenhilfe wird der Opfer von Straftaten in Absatz (a) angeboten werden, unabhängig von Qualifikation in Bezug auf Vermögenslosigkeit.

## § 8. Bildung

Die Regierung stellt sicher, dass:

(a) Schulen, von den primären Ebene nach oben, wird eine Einführung Kurse Schüler zu ermutigen, Vielfalt zu akzeptieren und zu fördern ein Klima der Toleranz in Bezug auf die Qualitäten und Kulturen anderer.

Erläuterungen:

(i) Das Prinzip hat sich seit vielen Jahren akzeptiert (vgl. die Erklärung über die Intoleranz - eine Bedrohung der Demokratie, durch das Ministerkomitee des Europarats am 14. Mai 1981 angenommen).

(ii) Es ist sehr wichtig, solche Kurse so früh wie möglich in der Bildungs-Programm, dh in der Grundschule starten. Dennoch muss diese Kurse auch auf höheren Ebenen der Bildung angeboten werden, bis einschließlich Universitäten.

(b) Ähnliche Kurse werden in der Schulung von Personen, die im Militär-und Strafverfolgungsbehörden integriert werden.

(c) Ausbildung und Toleranz Bewusstsein Kurse zur Verfügung gestellt verschiedenen Schichten der Gesellschaft werden, mit einem Schwerpunkt auf Berufsgruppen.

Erläuterungen:

(i) Die Ausbildung muss zur Verfügung gestellt werden als Teil der Weiterbildung für Erwachsenenbildung.

(ii) Es ist besonders wichtig, um berufliche Weiterbildung von Juristen (einschließlich Richter und Strafjustiz Personal), Verwalter, Polizisten, Ärzte, usw. gewährleisten

(d) Unterrichtsmaterialien für Toleranz Bewusstsein Kurse (einschließlich Lehrpläne) werden von Abteilungen für Bildung entwickelt werden, um die Bedürfnisse zu erfüllen.

(e) Ausbilder in einer Weise qualifizieren sie anderen in Kursen trainieren Toleranz Bewusstsein geschult werden.

(f) Dienststellen Bildungsministerium wird sichergestellt, dass Unterrichtsmaterialien in gewöhnlichen Kursen werden frei von Anspielungen und Kränkungen gegen eine Gruppe gerichtet, wie in § 1 (a) definiert.

(g) Die Produktion der Bücher, Spiele, Zeitungsberichte, Zeitschriftenartikel, Filme und Fernsehsendungen - Förderung eines Klimas der Toleranz - gefördert und, soweit erforderlich, von der Regierung subventioniert.

## § 9. Medien

(a) Die Regierung muss sicherstellen, dass öffentlich-rechtlichen Rundfunk



(Fernsehen und Radio) Stationen widmen eine vorgeschriebene Prozentsatz ihrer Programme zur Förderung eines Klimas der Toleranz, gemäß § 8 (f).

(b) Die Regierung ermutige alle in Privatbesitz Massenmedien (einschließlich der Printmedien), um ein Klima der Toleranz zu fördern, gemäß § 8 (f).

(c) Die Regierung fördert alle Massenmedien (öffentliche wie sowie privat) auf, einen ethischen Verhaltenskodex, der wird verhindern, dass die Verbreitung von Intoleranz und wird durch ein beaufsichtigt werden Massenmedien Beschwerdekommision.

Erläuterungen:

(i) Dies ist eine heikle Angelegenheit, da besteht keine Absicht die Medien zu zensieren. Die Medien Beschwerdekommision soll von unabhängigen Personen bestehen, aber es muss durch gesetzt werden - und zu berichten - die Medien selbst, anstatt die Regierung.

(ii) Es ist ein ähnliches Problem von Internet-Missbrauch durch die Verbreitung, wenn Intoleranz. Allerdings sind Initiativen, über eine gesetzliche Regelung des Cyberspace bringen derzeit in einem größeren Zusammenhang diskutiert. Es ist zu früh, darüber zu spekulieren, wie die Sache gelöst werden.

Dieser Text wurde hergestellt - unter der Schirmherrschaft des Europäischen Rates über Toleranz und Versöhnung - von einer Gruppe von Experten von Yoram Dinstein (Vorsitz), Ugo Genesio, Rein Müllerson, Daniel Thürer and Rüdiger Wolfrum.